

KOMMUNALPOLITISCHE LEITLINIEN

SPD SALZGITTER

2011 - 2016



SPD – MITEINANDER FÜR SALZGITTER

Inhalt

	Seite
1. Präambel	3
2. Wirtschaft und Beschäftigung	6
3. Städtebau, Wohnen und Verkehr	9
4. Umwelt und Naturschutz	13
5. Schule und Bildung	16
6. Kinder, Familie und Senioren	20
7. Soziales und Integration	24
8. Kultur, Sport und Freizeit	27
9. Sicherheit und Öffentliche Ordnung	30

1. Präambel

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 11. September 2011 finden in Niedersachsen die Kommunalwahlen statt. In Salzgitter wählen die Bürgerinnen und Bürger ihre Vertreter/-innen für den Rat der Stadt und für die sieben Ortsräte. Die Mehrheitsverhältnisse im Rat und in den Ortsräten entscheiden darüber, welche Politik in den nächsten Jahren für die Menschen in Salzgitter umgesetzt werden kann.

Wir haben durch eine weitsichtige Politik im Rat und in den Ortsräten in der Vergangenheit Salzgitter maßgeblich mitgestalten können. Und wir werden dies auch in Zukunft für die Menschen in unserer Stadt tun.

Salzgitter zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt weiter zu entwickeln ist ein Thema, für das sich die SPD schon 2001 in ihren damaligen Wahlaussagen ausgesprochen und danach gehandelt hat. So richtig diese Ausrichtung für das kommunalpolitische Handeln der SPD nach wie vor ist, so wichtig ist es für uns, eine Politik für alle Menschen in Salzgitter zu machen, unabhängig ob sie Jung oder Alt oder welcher Herkunft sie sind. Nur wenn sich alle Menschen gut in Salzgitter aufgehoben fühlen, kann die Zukunftsfähigkeit der Stadt gesichert werden.

Salzgitter steht dabei vor großen Herausforderungen, die analytisch angegangen werden müssen, um Risiken und Chancen bewerten zu können. Der Regionalisierungsprozess, die schrumpfende Bevölkerungszahl, der demografische Wandel, die Anforderungen an eine moderne Schul- und Bildungspolitik, die Integration Benachteiligter und der Migranten sind dabei nur einige Beispiele, um die es in dem Prozess geht. Wir verbinden dabei Wirtschaft und Beschäftigung als Grundlagen unseres Wohlstandes mit sozialer, bildungspolitischer und ökologischer Verantwortung.

Salzgitter soll noch lebenswerter werden. Wir werden bei allen Spar- und Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen immer die Zukunftsfähigkeit der Stadt im Auge behalten und uns deshalb für einen sozialverträglichen Abbau der Schulden einsetzen. Wir wollen nicht, dass späteren Generationen die kommunale Handlungsfähigkeit wegen der Verschuldung genommen wird.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen unsere Ziele für die Entwicklung unserer Stadt im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vor. Dazu brauchen wir das große Engagement von Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, insbesondere das der Vereine und der Organisationen, die wir weiter nachhaltig unterstützen. Und wir brauchen das große Engagement der Wirtschaft für unsere Stadt. Wir wollen Sie bei der Gestaltung Salzgitters neben den formalen Beteiligungsformen zum Beispiel in Form von Bürgeranhörungen, Foren und Dialogen mit beteiligen. Dabei beziehen wir die städtischen Gesellschaften mit ein. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, dass wir Gespräche mit Vereinen, Organisationen und Verantwortlichen aus Gewerkschaft, Betriebsrat und Wirtschaft führen; dies wollen wir intensivieren.

Denn wir wollen Politik für die Menschen und mit den Menschen gestalten. Deshalb steht unser Wahlprogramm auch unter dem Motto

SPD - Miteinander für Salzgitter

In unseren Wahlaussagen verzichten wir bewusst auf Aussagen zu Hartz IV, der Grundsicherung, der Pflegeversicherung und der Gesundheitspolitik, da die Kommunalpolitik hierbei keine Entscheidungskompetenz hat und - wenn überhaupt - in Teilbereichen nur Vollzugsorgan ist.

Die SPD Salzgitter arbeitet eng mit unserem Bundestagsabgeordneten Sigmar Gabriel und unseren beiden Landtagsabgeordneten Stefan Klein und Marcus Bosse zusammen, um sich über lokale Probleme auch bei diesen Themenfeldern auszutauschen und die Bundes- und Landespolitik zu sensibilisieren. Dies gilt auch für das Thema der Kommunalfinanzen. Die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen muss erhalten und ausgebaut werden. Und wir fordern, dass finanzielle Lasten durch die Gesetzgebung vom Verursacher Bund oder Land getragen und nicht auf die Kommunen abgewälzt werden, da sonst weitere kommunale Gestaltungsspielräume verloren gehen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

gehen Sie bitte am 11. September 2011 zur Wahl. Jede nicht abgegebene Stimme stärkt die politischen Randgruppen. Wir bitten Sie um Ihre Stimmen für die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD, damit wir mit einer breiten sozialdemokratischen Mehrheit unsere Wahlaussagen mit Ihnen gemeinsam zum Wohle Salzgitters umsetzen können.

Ihre SPD Salzgitter

2. Wirtschaft und Beschäftigung

Der traditionelle Industriestandort Salzgitter wird maßgeblich durch fünf international aufgestellte Industrieunternehmen geprägt. Flankiert werden diese von einem leistungsstarken Mittelstand und Handwerk im produzierenden Gewerbe, während der Dienstleistungsbereich weiter unterrepräsentiert ist. Damit besteht eine überproportional starke Abhängigkeit zwischen Wirtschaftskonjunktur und Arbeitsmarkt sowie der Gewerbesteuererinnahmen, die das finanzielle Rückgrat der Stadtfinanzen darstellen.

Die kommunalpolitischen Grundsätze der SPD

Der Wirtschaftsraum Salzgitter wird kontinuierlich gestärkt. Neben der Bestandspflege der ansässigen Wirtschaft und einer modernen und innovationsfähigen Landwirtschaft soll die Wirtschaftsstruktur durch die Ansiedlung weiterer wachstumsstarker und innovativer Branchen und des Dienstleistungs- und Logistiksektors verbessert werden. Dadurch werden weitere qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen, verbessert und verstetigt sich die Einnahmesituation der Stadt und kann die Bevölkerungsentwicklung positiv beeinflusst werden. Der Strukturwandel in der Region, regionale Kooperationen, die Einbindung Salzgitters in die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen und das Know-how der Fachhochschule Ostfalia werden als Chance verstanden, den Wirtschafts- und Wohnstandort Salzgitter regional und überregional besser zu positionieren. Wesentliche Grundlagen hierfür sind die Verfügbarkeit hochqualifizierter Mitarbeiter/-innen und gut ausgebildeter Facharbeiter/-innen gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, die Bereitstellung von bedarfsgerechten Flächen für Industrie, Gewerbe und Dienstleistung, ein wirtschaftsfreundliches Klima, Förder- und Ansiedlungsprogramme, schnelle und unbürokratische Entscheidungswege in der Stadtverwaltung für die Unternehmen sowie gute örtliche und überregionale Verkehrsanbindungen.

Mit unseren Beschlüssen und Initiativen haben wir auch in den vergangenen Jahren wichtige Projekte unterstützt. Zum Beispiel wurden durch das MAN Logistikzentrum, die Leitwarte und Technikzentrale der E.ON AVACON, die neuen Einkaufszentren in Lebenstedt und Bad Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Über die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WIS) wurden u.a. Gewerbegrundstücke für

Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben veräußert, Unternehmen durch Investitionsfördermaßnahmen unterstützt und Existenzgründer gefördert, durch die in der Folge mehrere hundert neue Arbeitsplätze entstanden und viele weitere gesichert werden konnten.

Ziele der SPD in den nächsten Jahren

- Über die erfolgreich arbeitende und weiter zu stärkende städtische Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH (WIS) mit ihrem Existenzgründerzentrum will die SPD insbesondere folgende Maßnahmen angehen:
 - Eine regionale und überregionale Positionierung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Salzgitter wird forciert, mit dem Ziel, den Dienstleistungssektor und den Logistikbereich auszubauen sowie Ansiedlungen von wachstumsstarken und innovativen Branchen (z.B. der Solarindustrie) zu erreichen. Dazu wird ein Marketingkonzept unter Beteiligung externen Sachverständes erstellt.
 - Preisgünstige Flächen für Industrie, Gewerbe und Handel werden vorgehalten und vermarktet. Dazu gehört auch die Entwicklung eines Industriegebietes (24h-Betrieb) am „Zweigkanal Salzgitter“.
 - Im Existenzgründerzentrum werden auch Büroangebote für die Kreativwirtschaft bereitgestellt. Bei Bedarf sollen Produktionshallen für die Vermietung an Unternehmen geschaffen werden.
 - Insbesondere kleinere und mittlere Betriebe sollen durch intensive Bestandspflege, konkreten Beratungsangeboten, bei der beruflichen Weiterbildung, Qualifizierung und Personaltransfer durch Betriebsverbände unterstützt sowie durch verschiedene Förderprogramme gestärkt werden. Vorhandene Instrumente der WIS werden dazu ausgebaut und neue initiiert.
 - Der Einzelhandel soll durch eine Leerstandsoffensive gestärkt sowie beim Aufbau einer Plattform für ein ergänzendes Kaufangebot über das Internetgeschäft unterstützt werden. Das Einzelhandelsentwicklungskonzept wird weiter umgesetzt.
 - Der Dienstleistungsbereich wird gefördert. Die Auszeichnung von Bad als „Staatlich anerkannter Ort für Solekurbetrieb“ wird für die Vermarktung des Fremdenverkehrs genutzt.

Die schnelle und unbürokratische Handlungsfähigkeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft bzw. der Stadt für außerplanmäßige Wirtschaftsförderungsprojekte und strukturverbessernde Wirtschaftsinvestitionen soll durch die jährliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln gewährleistet werden.

- Aus der Ortslage Watenstedt soll mittelfristig ein Industrie- und Gewerbegebiet entwickelt werden. Voraussetzung ist der positive Abschluss des Umsiedlungsvorhabens.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gefördert, sie ist ein wichtiger Faktor auch für die Stärkung des Wohnstandortes (Minimierung der Abwanderungsverluste und Zuzug von Einpendlern aus der Region). Wir setzen uns u.a. für die Schaffung von betrieblichen Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen bzw. Belegplätze der Unternehmen in Kindertageseinrichtungen ein.
- Die Ausbildungsplatzsituation soll verbessert werden:
 - Kooperationen von Betrieben und Schulen, Ausbildungsverbünde und -projekte zur Verbesserung der Ausbildungschancen und für die Vermittlung von Ausbildungsplätzen und die Betreuung von Arbeitsplatzsuchenden werden gefördert und ausgebaut.
 - Aufbau eines „Ausbildungspools Salzgitter“ als Vermittlungsstelle zwischen Ausbildungsplatzsuchenden und ausbildungsplatz anbietenden Unternehmen.
- In der Verwaltung soll eine zentrale „Servicestelle für die Wirtschaft“ geschaffen werden, damit die Anliegen der Unternehmen und der Investoren schnell und unbürokratisch bearbeitet werden können. Über Baugenehmigungen und andere Anträge der Wirtschaft/Investoren muss innerhalb kürzester Frist entschieden werden.
- Unternehmen und Arbeitnehmer/-innen, die sich in besonderer Art und Weise für Salzgitter bzw. für ihr Unternehmen verdient gemacht haben, sollen regelmäßig durch die Stadt ausgezeichnet werden. Dazu sollen von der Verwaltung Ehrengrichtlinien erarbeitet werden.

3. Städtebau, Wohnen und Verkehr

Die Stadt Salzgitter ist mit 224 Quadratkilometern eine Flächenstadt, die von einem ausgedehnten Verkehrs- und Versorgungsnetz erschlossen ist und geprägt wird von einem Nebeneinander von Industrie und Gewerbe, städtischen und dörflichen Stadtteilen, Naherholungsbereichen, Landwirtschaft und Wäldern. Die demografische Entwicklung, der Bevölkerungsverlust und der Strukturwandel in der Region sind für Salzgitter Herausforderung und Chance zugleich.

Die kommunalpolitischen Grundsätze der SPD

Salzgitter positioniert sich stärker in der Region und wird weiter zu einer lebendigen Stadt ausgebaut, in der die Menschen gerne leben und arbeiten. Die städtebauliche Entwicklung muss eine Zersiedlung vermeiden. Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels, der Bevölkerungsentwicklung und einer funktionsfähigen Struktur von Einrichtungen der Daseinsvorsorge liegt die Priorität der städtebaulichen Entwicklung bei der Innenentwicklung. Wir setzen uns vorrangig dafür ein, dass Wohnungsleerstände abgebaut, Baulücken und Brachflächen bebaut und Eigenentwicklungen in den Stadtteilen ermöglicht werden. Dabei sind Lernen und Arbeiten, Wohnen und Einkaufen, Straßen-, Radwege und öffentlicher Personennahverkehr sowie Erholung, Natur und Umwelt unter Berücksichtigung der Belange von Familien, Kindern, Senioren, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund in Einklang zu bringen.

Mit unseren Beschlüssen und Initiativen haben wir auch in den vergangenen Jahren wichtige Vorhaben unterstützt. Zum Beispiel haben wir mit dazu beigetragen, dass sich die Wohn- und Lebensqualität in den Wohnsiedlungen Fredenberg, Seevierteil (Lebenstedt) und Ost- und Westsiedlung (Bad) durch das Förderprogramm „Soziale Stadt“ sowie durch Dorferneuerungsmaßnahmen in kleineren Stadtteilen nachhaltig verbessert hat, die Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft saniert und modernisiert wurden und Bauwillige preiswerte Grundstücke in den verschiedenen Stadtteilen erwerben konnten. Auch haben wir dafür gesorgt, dass die Bücherei in Bad jetzt großzügig ausgebaut wird und eine Bereicherung für die Altstadt darstellt.

Ziele der SPD in den nächsten Jahren

- Der Strukturwandel in der Region und die Bevölkerungsentwicklung dürfen nicht dazu führen, dass Salzgitter seine Kreisfreiheit und seine oberzentrale Funktion einbüßt. Beides würde Salzgitter in seiner Stadt- und Wirtschaftsentwicklung zurückwerfen. Wir wollen, dass sich Salzgitter positioniert.
- Wir wollen, dass von der Stadt Strategien und Programme entwickelt werden, um Abwanderungsverlusten entgegenzuwirken und Neubürger zu gewinnen.
- Studierende an der Fachhochschule Ostfalia sollen am Standort Salzgitter wohnen und sich hier wohl fühlen. In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule wollen wir ermitteln lassen, welchen Wohnstandort die Studierenden favorisieren.
- Mit einer umweltfreundlichen Baulandpolitik werden preisgünstige Wohn-, Industrie- und Gewerbeflächen für die verschiedenen Ansprüche ausgewiesen und erschlossen. Der Erwerb von Wohnbaugrundstücken wird durch ein familienfreundliches Förder- und Neubürgerprogramm ergänzt.
- In den Wohngebieten wird darauf geachtet, dass dort die notwendigen Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge (z.B. Kinderspielplätze, Kindergärten, Nahversorgung) vorhanden bzw. mit dem öffentlichen Nahverkehr zu erreichen sind. Wir wollen sichere Schulwege, Geschwindigkeitsbegrenzungen an Kindergärten und Schulen und bedarfsgerechte Fußgängerüberwege an viel befahrenen Straßen.
- Die Modernisierung der Wohngebiete soll insbesondere durch folgende Maßnahmen erreicht werden:
 - Die erfolgreichen Sanierungsprogramme für den Fredenberg und das Seeviertel in Lebenstedt und in Bad für die Ost- und Westsiedlung sollen weiter umgesetzt werden. Die erfolgreich arbeitenden Stadtteiltreffs werden unterstützt. Sollten Häuser in der Ost- und Westsiedlung zum Verkauf anstehen, soll durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft die Möglichkeit eines Erwerbs geprüft werden, um mit dann sanierten Wohnungen den Leerstand zu verringern

und das Wohnumfeld zu verbessern. Auch ein schonender Rückbau von Altbaubeständen und eine Neu- und Eigenheimbebauung sind Alternativen, nicht nur für die Sanierungsgebiete.

- Die Dorferneuerungsprogramme sind erfolgreich und werden fortgesetzt. Im Förderprogramm sind Heerte, Lobmachersen, Üfingen und Sauingen. Sie werden durch Maßnahmen aus dem neuen Entwicklungskonzept (ILEK) für den ländlichen Raum ergänzt.
- Neben den Stadtteiltreffs in den Sanierungsgebieten streben wir die Einrichtung von Bürgerbegegnungsstätten mit Beratungs- und Hilfsangeboten in weiteren Wohngebieten an.
- Die unter Bürgerbeteiligung erarbeiteten Handlungskonzepte für die Entwicklung der Innenstädte von Lebenstedt und Bad werden schrittweise umgesetzt und dafür jedes Jahr Haushaltsmittel bereitgestellt.

In Lebenstedt unterstützen wir die privaten Bauvorhaben für die Innenstadt und den weiteren Ausbau der Albert-Schweitzer-Straße. In der Altstadt von Bad wird mit dem Ausbau der Stadtbücherei in diesem Jahr begonnen und wir wollen, dass der Markplatz so umgestaltet wird, dass er zum Verweilen einlädt.

- Der Ausbau des Burgbereiches in Gebhardshagen durch einen privaten Investor wird von uns begrüßt und unterstützt.
- Die Belastungen der Einwohner von Watenstedt durch die umliegenden Industrieunternehmen sind auf Dauer nicht tragbar. Wir unterstützen das von den Einwohnern gewünschte „Umsiedlungsvorhaben Watenstedt“.
- Die Sanierung und Unterhaltung vorhandener Straßen, Wege und Plätze sowie der Erhalt und der sinnvolle Ausbau des Radwegenetzes bleibt unser Dauerziel. Auch setzen wir uns für die Entlastung von Ortsdurchfahrten durch den Schwerlastverkehr ein.
- In Salzgitter soll ein bedarfsorientierter und ortsteilverbindender Busverkehr mit einem möglichst barrierearmen Bushaltestellennetz vorgehalten werden. Er wird ergänzt durch

das Anrufsammel- und Linientaxensystem der KVG. Und wir wollen gute Verkehrsangebote über die Grenzen Salzgitters hinaus durch Bus und Bahn mit kundenfreundlichen Taktzeiten für die Schienenanbindung nach Braunschweig.

4. Umwelt und Naturschutz

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz ist ein wichtiges kommunales Thema. Er ist eine Querschnittsaufgabe, die die verschiedenen Politikfelder betrifft und auch den Bereich Ver- und Entsorgung mit einbezieht.

Die kommunalpolitischen Grundsätze der SPD

Natur und Landschaft sind als Lebensgrundlage zu schützen, zu erhalten und wo dies möglich ist, wieder herzustellen. Dazu bedarf es einer vernetzten und umfassenden Betrachtungsweise, die die Ressourcen Boden, Wasser und Luft gleichermaßen im Blick hat. Sie wird wegen ihrer Komplexität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden.

Da eine intakte und vielfältige Umwelt gleichbedeutend mit hoher Wohn- und Lebensqualität ist, sind alle Bemühungen in diesem Bereich eine Stärkung des Wohnstandortes und gleichzeitig auch ein Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels.

Das Themenfeld „Schacht Konrad“ wird unter Punkt 9 - Sicherheit und Öffentliche Ordnung- dieses Wahlprogramms behandelt.

Mit unseren Beschlüssen und Initiativen haben wir auch in den vergangenen Jahren vieles erreicht. So konnten wir z.B. eine weitgehende Gebührenstabilität bei Wasser, Abwasser und Straßenreinigung erreichen, die Friedhofsgebühren konnten teilweise gesenkt werden. Wir wollen eine Haushaltsbefragung bei der Umstellung der Trinkwasserversorgung. Und bei der Ausweisung von Wohnbaugebieten und Straßenbaumaßnahmen haben wir auf die Umweltverträglichkeit geachtet.

Ziele der SPD in den nächsten Jahren

- Umweltziele und -Standards müssen neu definiert und festgeschrieben werden. Themenbereiche sind dabei u.a.
 - Energiesparmaßnahmen unter Berücksichtigung der CO₂-Minderung

- im öffentlichen Bereich (z.B. energetische Sanierung der Gebäude, Einsatz energiesparender Techniken in den Gebäuden, energieeinsparende Straßenbeleuchtung, Reduzierung von Ampelanlagen und Ersatz durch Kreisverkehre)
 - Erstellung von Anreizsystemen für den privaten Bereich und für Schulen und Kindergärten (z.B. Umweltpreis für Schulen und Kindergärten)
 - o Ausbau und Einsatz regenerativer Energien
 - o Renaturierung der Fuhse zu einem naturnahen Gewässer
 - o Schutz der Natur- und Landschaft und des öffentlichen Grüns
 - o Umsetzung ökologischer Ausgleichsmaßnahmen bei Flächenversiegelungen
- Ein jährlicher Umweltbericht soll dazu dienen, aus dem Rückblick Schlüsse für die Zukunft zu ziehen und Umweltziele und -standards entsprechend anzupassen.
 - Wir wollen ein Wald- und ein Grünflächenkataster durch die Verwaltung erstellen lassen, die z.B. für die Beurteilung von Bauvorhaben herangezogen werden können.
 - Beim Ausbau des Energienetzes nutzen wir unsere politischen Möglichkeiten für die Forderung einer Erdverkabelung und einer Trassenführung entlang von Infrastruktureinrichtungen, vornehmlich an Autobahnen und Fernstraßen.
 - Den Kommunen muss bei Genehmigungsverfahren zu Massentierhaltungen größere Entscheidungsmöglichkeiten durch den Gesetzgeber eingeräumt werden. Wir nutzen unsere politischen Möglichkeiten, um die derzeitigen Regelungen im Bundesbaugesetz (privilegierte Bauvorhaben) entsprechend zu verändern.
 - Die Umweltverbände sind für den Umweltschutz unverzichtbar, wir unterstützen sie und begrüßen, dass sie auch Kinder und Jugendliche an den Umweltschutz heranzuführen.
 - Einrichtung einer städtischen Energieberatung als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger (z.B. neutrale Beratung über Energieversorgung und Energieträger bei Sanierungs- und Neubauvorhaben, Hilfe bei Förderanträgen).
 - Förderung von Waldgruppen an Kindertagesstätten, um die Kinder mit pädagogischer Begleitung schon frühzeitig an ihre Umwelt heranzuführen. Auch wollen wir erreichen, dass in den Schulen die Umweltbildung an Stellenwert gewinnt.

- Der öffentliche Personennahverkehr im Bereich der Schiene und im Busbereich wird nachhaltig unterstützt. Näheres enthält das Kapitel Städtebau, Wohnen und Verkehr.
- Die Trinkwasserversorgung wird auch mit Ablauf der Wasserlieferverträge durch die Salzgitter Flachstahl in 2016 gesichert. Wir unterstützen den Bau einer neuen Wasserleitung und wir wollen im Rahmen einer Haushaltsbefragung erfahren, welche Wasservariante (weiches, hartes oder Mischwasser) die Mehrheit wünscht.
- Die Abfall- und Abwasserentsorgung müssen in kommunaler Hand bleiben. Die Stadt und ihre Gesellschaften sind verlässliche Garanten für eine umweltgerechte Ver- und Entsorgung. Wir achten auf eine verträgliche Kosten- und Gebührenentwicklung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.
- Lärm macht krank. Wir wollen deshalb, dass der Verkehrslärm, insbesondere in den Durchfahrtsstraßen in den Ortschaften, verringert wird.

5. Schule und Bildung

Bildung ist der Grundstein für die Zukunft des Einzelnen und unserer Gesellschaft; sie ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und bedeutet Lebensqualität. Vor diesem Hintergrund müssen Schwerpunkte für die frühkindliche und schulische Bildung gesetzt und muss für die allgemeine und berufliche Weiterbildung gesorgt werden.

Die kommunalpolitischen Grundsätze der SPD

Die SPD will weitere Schwerpunkte für die frühkindliche und für die schulische Bildung setzen. Damit alle Kinder die gleichen Ausgangschancen für ihr weiteres Leben haben, sollen Angebote für benachteiligte Kinder, die Bildung und Erziehung zum Ziel haben, ausgebaut werden.

Bildungsgerechtigkeit ist dabei das strategische Ziel der SPD, daher müssen Schulbildung, Aus- und Weiterbildung gestärkt werden. Wir werden dafür sorgen, dass die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten auch auf die inneren Schulangelegenheiten ausgeweitet werden. Voraussetzung hierfür ist die Vernetzung aller Institutionen, die an Bildung und Erziehung in der Stadt Salzgitter beteiligt sind. Deshalb fordert die SPD für die Stadt Salzgitter die Einrichtung eines Bildungsbüros, dem klare Kompetenzen zugewiesen werden.

Mit unseren Beschlüssen und Initiativen haben wir auch in den vergangenen Jahren wichtige Weichen gestellt. So haben wir zum Beispiel erreicht, dass in Lebenstedt eine Integrierte Gesamtschule eingerichtet wurde, dass das Angebot an Ganztagschulen und Sprach- und Förderkursen erweitert werden konnte, das kostenlose Mittagessenangebot ausgebaut wurde und dass sich die Volkshochschule zu einer wichtigen Erwachsenenbildungsstätte weiterentwickeln konnte. Auch haben wir dafür gesorgt, dass die Bücherei in Bad, die einen hohen pädagogischen Wert darstellt, großzügig ausgebaut wird.

Ziele der SPD in den nächsten Jahren

- Wir wollen einen gleitenden Übergang vom Kindergarten in die Grundschule durch ein verbindliches Brückenjahr erreichen.
- Alle Grundschulen Salzgitters werden zu Ganztagschulen weiterentwickelt. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten ein kostengünstiges Mittagessen. Die Nachmittagsangebote und das Mittagessen werden angemessen bezuschusst, ebenso wie zusätzliche Sprachförder- und Fördermaßnahmen.
- Alle Grundschulstandorte bleiben bestehen, soweit die Schulen nicht über zwei aufeinanderfolgende Jahre die Mindestgröße von 14 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang unterschreiten. In jedem Fall soll gewährleistet werden, dass die an einer Grundschule eingeschulten Kinder ihre Grundschulzeit dort aber auch komplett durchlaufen können.
- Grundschulen und allgemeinbildende Schulen, die sich zur inklusiven Schule weiterentwickeln wollen und ein Konzept zur inklusiven Beschulung vorlegen, werden bezuschusst, die Rahmenbedingungen werden verbessert.
- Wir wollen die Schulbezirke im weiterführenden Bereich aufheben, gleichzeitig sollen dann auch die Schülertransportkosten im Rahmen der jeweils gültigen Satzung durch die Stadt übernommen werden.
- Im Rahmen der Qualitätsentwicklung der allgemeinbildenden Schulen wird das Ganztagsangebot flächendeckend ausgebaut, damit sie den Namen Ganztagschulen zu recht führen. Als nächste Maßnahme wird im Schulzentrum Fredenberg eine Mensa errichtet. Ganztagsangebote, Mittagessen sowie Sprachförderung und Fördermaßnahmen werden für alle Schulformen angemessen bezuschusst.
- Die Trägerschaft der Mittagsversorgung für Schülerinnen und Schüler muss rechtssicher geregelt werden. Schulen, die in ihrem Schulkonzept das gemeinsame Mittagessen mit dem Klassenlehrer für Klasse fünf und sechs vorsehen, erhalten eine zusätzliche finanzielle Unterstützung.

- Die Einrichtung einer zweiten Integrierten Gesamtschule in Bad wird angestrebt.
- Schulprojekte und themengebundene Wettbewerbe, mit denen die Anzahl von Schulverweigerern, Schulabbrechern und Sitzenbleibern erfolgreich reduziert werden und/oder die die Zahl der Schulabschlüsse erhöhen und gleichzeitig die Schulabgänger ausbildungsreif bzw. -fähig machen, werden finanziell gefördert
- Die Sozialarbeit soll in allen Schulformen mit Unterstützung des Landes ausgeweitet und zusätzlich durch Integrationslotsen unterstützt werden. Schulsozialarbeit erhöht die Qualifizierungschancen für Schülerinnen und Schüler, indem sie herkunftsbedingte Erziehungs-, Bildungs- und Sozialisationsbarrieren durch Beratung , individuelle Förderung und Hilfe abbaut.
- Das Schulsanierungsprogramm wird durch den städtischen Eigenbetrieb fortgesetzt. Ein Schadstoffkataster für alle Schulen und Kindertagesstätten wird erstellt.
- Die Stadtbibliothek in Bad wird aus- und umgebaut; wir wollen die Angebotspalette erweitern. Kooperationen zwischen den Bibliotheken und den Schulen der Stadt werden gefördert.
- Unterstützung der Bildungs- und Ausbildungsverbände: Die Einrichtung eines Bildungsbüros in der Schulverwaltung wird die Vernetzung aller Vereine, Institutionen und Verbände, die an Bildung und Erziehung beteiligt sind, intensivieren und Salzgitter zu einer kommunalen Bildungslandschaft entwickeln. Neben der städtischen Volkshochschule, der Musikschule, den Bibliotheken, der Junioruniversität und der Hochschule Calbecht, den Bildungsträgern und -einrichtungen, werden auch die Wirtschaft, das Handwerk und die Jugendhilfe eingebunden. Als Ergebnis erwarten wir die Entwicklung eines ganzheitlichen Bildungskonzeptes für die Stadt Salzgitter als Grundlage für die kommunale Bildungslandschaft.
- Das Projekt BONA SZ (Berufsorientierung und Nachwuchssicherung für gewerblich-technische und naturwissenschaftliche Berufe in Salzgitter) wird begrüßt und unterstützt. Wir wollen ein weiteres Projekt fördern, das die Bereiche Gesundheit und Soziales zum Inhalt hat. Die jährlich stattfindende Ausbildungsmesse wird fi-

nanziell unterstützt. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Messe ist eine engere Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft anzustreben.

- Die Berufsbildenden Schulen werden in den Fachrichtungen weiterentwickelt, die Berufsschulstandorte weiter gestärkt (eine Kooperation mit den Landkreisen Wolfenbüttel und Goslar ist anzustreben).
- Wir setzen uns über unsere Abgeordneten beim Land weiterhin für die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit, dem Ausbau der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler, der Vollen Halbtagsschule, der Verringerung der Klassenfrequenzen sowie der Einführung des Abiturs wahlweise nach 12 bzw. 13 Schuljahren ein.
- Die SPD will einen „Kommunaler Aktionsplan Bildung“ initiieren. Ziel des Kommunalen Aktionsplans ist es, die Effektivität von Ideen und Maßnahmen im Bereich Schule und Bildung innerhalb der Stadt durch Vernetzung und konstruktive Zusammenarbeit zu verbessern. Um dies zu erreichen, muss vor allem der Informationsfluss zwischen den Schulen untereinander und dem Schulträger verstärkt werden. Für den Übergang in das Berufsleben ist eine enge Einbindung der Ausbildungsbetriebe und der Kreishandwerkerschaft unabdingbar.
- Wir unterstützen die Bildungseinrichtungen Junioruniversität und die städtische Volkshochschule auch für die Erwachsenenbildung.

6. Kinder, Familie und Senioren

Kinder sind unsere Zukunft. Sie benötigen ein Lebensumfeld, das ihnen die Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht. Gerade vor dieser Aussage ist die demografische Entwicklung in Salzgitter eine große Herausforderung. Zurzeit beträgt der Bevölkerungsanteil der über 65-jährigen in Salzgitter 23,5 Prozent. Es ist die Gruppe, die die größte Zuwachsrate in den nächsten Jahren erreichen wird.

Die kommunalpolitischen Grundsätze der SPD

Jung und Alt sollen sich in Salzgitter gleichermaßen wohl fühlen. Attraktive Wohn- und Versorgungsmöglichkeiten und vielseitige Angebote für Freizeit, Sport und Kultur sind dafür Voraussetzung, dies wird bei den städtebaulichen Planungen berücksichtigt.

Kinder- und familienfreundlich zu sein erfordert eine soziale Infrastruktur mit guten Krippen-, Kindergarten- und Hortangeboten, einem breiten Bildungs- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Herkunft, Familienstand und Einkommen dürfen nicht zu sozialen Benachteiligungen führen. Das gilt auch für Menschen mit Behinderungen.

Über 90 Prozent der über 65-jährigen leben in einer privaten Wohnung oder einem privaten Haus; und dies solange wie möglich. Damit der nächste Schritt nicht die Unterbringung in einem Alten- und Pflegeheim ist, bedarf es neuer, innovativer Wohnformen. Erst die gleichwertige Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der älteren Generation macht Salzgitter zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt.

Mit unseren Beschlüssen und Initiativen haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Weichen gestellt. Von besonderer Bedeutung war dabei die Abschaffung der Kindergartengebühren, die Erarbeitung des Zukunftsplans 60plus für die Stadt Salzgitter, die Einrichtung einer Seniorentagesstätte in Thiede und die Bildung eines Behindertenbeirates. Außerdem haben wir die Erstellung eines Handlungskonzeptes für seniorenrechtliches Wohnen durch die Stadt auf den Weg gebracht.

Ziele der SPD in den nächsten Jahren

Kinder, Jugend und Familie

- Wir streben die Gründung einer Kinderkommission zur besseren Wahrnehmung der Kinderinteressen an.
- Durch den Einsatz von Familienhebammen können voraussehbare Folgen einer gestörten frühkindlichen Entwicklung abgewendet werden. Frühzeitige Hilfe erspart später teure Jugendhilfemaßnahmen.
- Das Angebot an Krippenplätzen wird ausgebaut und der Einsatz von Tagespflegepersonen unterstützt.
- Um die qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten umsetzen zu können, müssen die Rahmenbedingungen (Personalschlüssel, Gruppengröße bis max. 20 Kinder, Verfügungszeiten etc.) verbessert werden. Bei rückläufigen Kinderzahlen sollen die Gruppengrößen weiter reduziert werden. Der Personalschlüssel in Krippen ist so beizubehalten, dass für 5 zu betreuende Kinder eine Kinderpflegerin/Erzieherin oder Helferin zur Verfügung steht.
- Wir unterstützen Kindertagesstätten mit finanziellen Mitteln, die Kooperationen mit der Musikschule und der Awo-Junioruniversität eingehen, um deren Bildungsangebote wahrzunehmen.
- In einem Stufenplan soll im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt die Absenkung der Kostenbeiträge für die Kinder unter drei Jahren festgelegt werden.
- Zusätzliche Unterstützung erhalten Kindertagesstätten im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern durch Gruppenreduzierung und psychologischer und sozialpädagogischer Beratung und Hilfe.
- Wir wollen einen gleitenden Übergang vom Kindergarten in die Grundschule durch ein verbindliches Brückenjahr erreichen.

- Wir fördern die offene (u.a. Jugendfreizeitstätten, Kinderspielplätze, offene Schulhöfe) und vereinsgebundene Jugendarbeit und werden diese den sich wandelnden Bedürfnissen anpassen. Das Jugendfreizeitcamp „Neuwerk" wird weiter unterstützt.
- Städtische Kooperationen mit dem Sport sollen dazu beitragen, dem Bewegungsmangel von Kindern entgegenzuwirken und so einen Beitrag zur Gesunderhaltung leisten.
- Wir unterstützen die Erziehungsberatung. Über die Volkshochschule wollen wir für Eltern und Erziehungsberechtigte Hilfestellungen für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen initiieren.
- Die internationale Jugendbegegnung soll intensiviert werden.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird u.a. durch die Schaffung von Krippenplätzen, flexiblen Öffnungszeiten der Kindertagesstätten und durch flächendeckende Angebote von Ganztagschulen gefördert.

Senioren

- Wir setzen den von uns initiierten Zukunftsplan 60plus der Stadt kontinuierlich um. Themenfelder sind dabei u.a. Wohnen im Alter, städtebauliche Maßnahmen, medizinische und pflegerische Versorgung, Integration, Nahversorgung, Verkehrsangebote und Teilhabe am öffentlichen Leben.
- Die offene Seniorenarbeit in den Senioreneinrichtungen wird gefördert und bedarfsgerecht ausgebaut.
- Beratung und Hilfestellung für Wohnungsbauträger zur Durchführung von Maßnahmen zum Zweck des Umbaus vorhandener oder des Neubaus von barrierearmen Wohnungen als Wohnmodell.
- Förderung des generationsübergreifenden Wohnens.
- Die Entwicklung von citynahen alten- und behindertengerechten Wohnmodellen

wird gefördert, ebenso die Umgestaltung von Mietshäusern im Wohnquartier zu betreuten und generationsübergreifenden Wohnen.

- Generationsgerechte Gestaltung des Wohnumfeldes.
- Die Vernetzung von Pflegestützpunkt, Seniorenbüro, Servicestellen, Selbsthilfeverbänden, Sozialverbänden, Behindertenbeirat und Wohnungsbaugesellschaften wird initiiert. Ziel dieses Netzwerkes ist ein wohnungsnahes und kompetentes Beratungsangebot.
- Nachbarschaftshilfe zur Unterstützung und Hilfe von Älteren im Alltag wollen wir ausbauen und unterstützen.

7. Soziales und Integration

Die Kommunen sind das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen. Hier kommen notwendige Hilfen für den Einzelnen schnell und zielsicher an. Und hier fallen wichtige Entscheidungen für die Integration sozial Benachteiligter und die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die kommunalpolitischen Grundsätze der SPD

Für die SPD bedeutet soziale Sicherheit Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen und Ausgrenzungen durch Integration zu verhindern.

Integration heißt Teilhabe. Eine gelingende Integration setzt faire Chancen für Alle und eine klare Rechtsordnung voraus. Grundlage des Zusammenlebens sind Werte wie die Achtung der Menschenwürde, der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, der Meinungs- und der Glaubensfreiheit. Integration bedeutet auch die Eingliederung von Zugewanderten in die Aufnahmegesellschaft unter rechtlichen, ökonomischen, sozialen und politischen Gesichtspunkten. Wir fördern die Integration und erwarten, dass die Menschen mit Migrationshintergrund auch selbst bereit zur Integration sind. Es gilt für uns die Devise „Fördern und Fordern“.

Mit unseren Beschlüssen und Initiativen haben wir in der Vergangenheit maßgeblich dazu beigetragen, dass der Fachbereich Soziales erfolgreich im Sinne der Betroffenen arbeiten kann. Forderungen aus dem Zukunftsplan 60plus der Stadt Salzgitter wurden unterstützt. Und wir haben durchgesetzt, dass ein „Beirat für Menschen mit Behinderungen“ gegründet wurde, der mit zur Integration behinderter Menschen in den Alltag beitragen wird. Und über den Haushalt 2011 konnten wir erreichen, dass ein Integrationskonzept aufgestellt wird.

Ziele der SPD in den nächsten Jahren

Soziales

- Wir fordern die Erstellung eines kommunalen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in enger Abstimmung mit dem städtischen „Beirat für Menschen mit Behinderungen“.
- Die gesetzlichen Auslegungsmöglichkeiten in der Sozialhilfe werden unter den Stichworten „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Fördern und Fordern“ genutzt.
- Der Seniorenbeirat der Stadt und der jetzt gegründete Behindertenbeirat sind wichtige Bausteine im Sozialbereich, wir fördern und unterstützen ihre Arbeit.
- Die Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsprozess wird von uns im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten unterstützt.
- Wir unterstützen die im Sozialbereich arbeitenden Verbände, Organisationen und das Hospiz, die für die Menschen eine unverzichtbare Hilfe darstellen.

Integration

- Wir haben die Erstellung eines Integrationskonzeptes auf den Weg gebracht. Wenn das Konzept vorliegt, werden wir es unter der Devise „Fördern und Fordern“ breit diskutieren, damit die Umsetzung erfolgreich wird. Dabei werden wir u.a. Wert auf die nachfolgenden Punkte legen, denen wir uns verpflichtet fühlen:
 - Die Schul- und Bildungspolitik darf nicht ausgrenzen, sie muss vielmehr Allen gleiche Bildungschancen eröffnen. Näheres ist im Kapitel Schule und Bildung nachzulesen.
 - Viele Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund verfügen über eine hohe Lernbereitschaft. Dies spiegelt sich jedoch nicht immer in einem entsprechenden Lernerfolg wieder. Daher gilt es, die Bildungschancen für Kinder aus Migrantenfamilien deutlich zu verbessern.
 - Schlüssel zu einer gelingenden Integration ist der Erwerb der deutschen

Sprache. Das bedeutet, ein besonderes Augenmerk auf eine frühkindliche Spracherziehung zu legen.

- Auch die Sprache des Herkunftslands der Eltern soll gefördert werden, denn sichere Zweisprachigkeit ist eine Qualifikation, die die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund sehen in ihren Familien wichtige Unterstützungssysteme, um ihren Platz in der deutschen Gesellschaft zu finden. Die Eltern und Familien sind deshalb wichtige Kooperationspartner. Daher ist die Stärkung der Elternarbeit ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe.
- Zwischen der Stadt, der Arbeitsverwaltung, den Arbeitgebern, den Schulen und den Trägern der beruflichen Bildung soll ein kommunales Integrationsnetzwerk geschaffen werden, auf dessen Hilfe unmittelbar zugegriffen werden kann. Wir wollen eine Anlaufstelle für Jugendliche schaffen und den Aufbau eines Integrationsnetzwerkes für die Beratung und Hilfestellung in persönlichen, schulischen und beruflichen Angelegenheiten.
- Die Förderung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Familien mit Migrationshintergrund muss zentrale Aufgabe jeder Bildungs- und Integrationspolitik sein. Das heißt, dass die abschlussorientierte Nachqualifizierung von ungelernten jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund verstärkt werden muss. Jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsabschluss muss eine zweite Chance gegeben werden.
- Die Integrationspolitik muss die kulturellen Aspekte der Zuwanderung stärker mit einbeziehen. Das bedeutet, dass die Ausbildung und die Förderung des künstlerischen Nachwuchses im Bereich der Interkultur/Migrantenkultur verbessert werden muss.
- Die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in Vereinen und Organisationen ermöglicht Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten und fördert die Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung. Das bedeutet, dass bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten gefördert werden muss, denn es ist ein Schlüssel zur Integration.

8. Kultur, Sport und Freizeit

Kultur, Sport sowie Freizeit und Erholung sind unverzichtbare Bestandteile für die Selbstverwirklichung von Menschen. Sie sind in hohem Maße Ausdruck von Lebensqualität. Dies erfordert verschiedene und attraktive Angebote für alle Bevölkerungsgruppen und für jedes Alter. Kultur, Sport und Freizeit tragen zur Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt bei und sind darüber hinaus ein wichtiger Faktor bei Standortentscheidungen der Wirtschaft.

Die kommunalpolitischen Grundsätze der SPD

Die Akteure der freien Kunst- und Kulturszene arbeiten partnerschaftlich mit dem Fachdienst Kultur zusammen. Besonders für Salzgitter zählen Kunst und Kultur zu den „weichen Standortfaktoren“, für die sich nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Stiftungen und die Bürgerschaft engagieren. Die SPD wird Kunst und Kultur in Salzgitter weiter fördern, damit sich das weit über die Region hinaus bekannte, anerkannte und unverwechselbare Kulturprofil dieser Stadt weiterentwickeln kann.

Salzgitter verfügt über eine ausgezeichnete Sport- und Freizeitinfrastruktur, die erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut wird. Sie trägt zur Lebensqualität, Lebensfreude und Gesundheit bei. Sie ist gleichzeitig ein wichtiger Faktor bei der Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten.

Mit unseren Beschlüssen und Initiativen haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Weichen gestellt. So haben wir uns für den weiteren Ausbau des „Museums für Industrie, Technik, Arbeit und Mobilität“ eingesetzt, das weit über die Grenzen Salzgitters Anerkennung findet. Durch die städtische Sport- und Freizeit Salzgitter GmbH konnte der Sport erfolgreich gefördert werden und bereicherten verschiedene Veranstaltungen den Freizeitwert des Salzgittersees. Auch konnten wir uns jüngst damit durchsetzen, dass ein Planungsauftrag für die Modernisierung und den Ausbau des Hallenfreibades in Lebenstedt vergeben wurde.

Ziele der SPD in den nächsten Jahren

Kultur

- Die städtischen Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten sollen erhalten und erweitert werden. Daneben sollen Vereine und Initiativen der freien Kunst- und Kulturszene unterstützt und gefördert werden.
- Die SPD wird erstmalig einen Kulturentwicklungsplan für Salzgitter initiieren und umsetzen. Damit sollen Antworten gegeben werden, z.B. auf die Fragen: Was erwarten die Menschen von der „Kultur“ in Salzgitter, was kann „Kultur“ für die Stadtentwicklung leisten und wie kann „Kultur“ für ein erfolgreiches Stadtmarketing eingesetzt werden.
- Die Attraktivität der Veranstaltungshäuser und Freiluft-Veranstaltungen soll gesteigert werden. Dafür muss der Ausbau der Infrastruktur gefördert werden.
- Herausragende Kunst- und Kulturveranstaltungen werden kommunal und regional koordiniert und vermarktet.
- Das Museums- und Kulturzentrum im Bereich des Schlosses Salder wird weiterentwickelt und ausgebaut, insbesondere gilt das für die Abteilung „Museum für Industrie, Technik, Arbeit und Mobilität“ (MITAM).
- Wir unterstützen die Erschließung von weiteren Räumlichkeiten für Kunstausstellungen.
- Theateraufführungen und Lesungen für Kinder und Jugendliche sollen in ortsnahen Veranstaltungshäusern im gesamten Stadtgebiet ermöglicht werden. Dabei können auch Kooperationen mit Schulen erfolgen.
- Das Klesmerfestival soll in seiner Eigenständigkeit fortgeführt werden.

- Für die SPD wird es eine Privatisierung der Musikschule nicht geben, da sie ein wichtiger kultureller Bestandteil unserer Stadt ist. Eine Zusammenarbeit mit Schulen halten wir für sinnvoll und unterstützenswert.
- Die Förderung von soziokulturellen und interkulturellen Angeboten in Vereinen ist uns ein besonderes Anliegen.
- Wir forcieren die Vernetzung von lokalen Kultur-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen sowohl inhaltlich als auch infrastrukturell. Dafür sind ein weiterer Ausbau des Stadtnetzes und die Entwicklung eines Medienkonzeptes nötig. Das Medienzentrum kann dabei die Aufgaben einer Leitstelle wahrnehmen.

Sport und Freizeit

- Der Breitensport spielt für tausende Menschen aller Altersgruppen eine wichtige Rolle; er wird weiter gefördert.
- Wir wollen eine dauerhafte finanzielle Unterstützung der Sportvereine sichern. Sie ist notwendig, um den Vereinen Planungssicherheit zu geben. Dabei ist für uns die Jugendförderung und die Integration ein besonderes Anliegen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die städtische Sport- und Freizeit Salzgitter GmbH erhalten bleibt. In dem Sportbeirat der Gesellschaft arbeiten gleichberechtigt kommunale Vertreter und Vertreter des Sports erfolgreich für den Sport zusammen.
- Wir wollen die städtischen Bäder erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Das Hallenfreibad Lebenstedt soll eine zusätzliche Schwimmhalle bekommen, damit die öffentliche Badenutzung und die Sportnutzung sich nicht gegenseitig stören. Die vereinsbetriebenen öffentlichen Bäder in Thiede und Gebhardshagen werden weiter unterstützt.
- Salzgitter verfügt mit seinen Bädern, dem Salzgittersee, einem ausgedehnten Wegenetz für Wanderer, Läufer und Radler, Freizeitsportanlagen, Spiel- und

Bolzplätzen, Skateranlagen über ein vielfältiges Freizeitangebot. Wir wollen dies erhalten und bedarfsgerecht ausbauen.

9. Sicherheit und Öffentliche Ordnung

Sicherheit und Ordnung ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Zu den kommunalen Aufgaben gehören insbesondere der Brand- und Rettungsdienst, die Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie Sauberkeit und Ordnung. Für Salzgitter ist das planfestgestellte atomare Endlager Schacht Konrad ein besonderes sicherheitsrelevantes Thema.

Die kommunalpolitischen Grundsätze der SPD

Die objektive Sicherheit und auch die subjektive Sicherheit, also das persönliche Empfinden, ob man sich sicher fühlt, spielen für die Menschen eine wichtige Rolle. Wir wissen, dass dies das friedliche Miteinander bestimmt; bei unseren Entscheidungen lassen wir uns davon leiten. Ein gut aufgestelltes Brand- und Rettungswesen, eine Verbrechensprävention, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Sauberkeit der Stadt sind dabei wichtige Aufgaben, denen wir uns stellen.

Wir sagen weiter **Nein** zur Errichtung eines atomaren Endlagers Schacht Konrad, das trotz Einlegung von Rechtsmitteln nicht verhindert werden konnte. Wir teilen die Sorgen und Ängste der Menschen vor den radioaktiven Gefahren. Die Sicherheit ist und bleibt unser Hauptanliegen.

Mit unseren Beschlüssen und Initiativen haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Vorhaben unterstützt. So haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Stadt gegen die Errichtung des atomaren Endlagers Konrad geklagt hat; die Gerichte entschieden jedoch gegen die Stadt. Und wir haben uns in einer Resolution entschieden gegen die Einlagerung des Müllabfalls der ASSE in Schacht Konrad ausgesprochen. Die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren wurden gestärkt und gefördert. Auch haben wir uns für Ordnung und Sauberkeit, Sicherheit, Suchtbekämpfung und Tierschutz in Salzgitter eingesetzt.

Ziele der SPD in den nächsten Jahren

- Die Sicherheitsfrage beim atomaren Endlager Schacht Konrad bleibt unser Hauptanliegen, wir lehnen „Konrad“ nach wie vor entschieden ab. Wir fordern von der Bundesregierung eine ergebnisoffene Suche nach geeigneten Endlagerstätten und ein Endlagerkonzept, das eine generelle Rückholbarkeit des Atommülls sicherstellt. In dem Zusammenhang fordern wir eine Neubewertung des Endlagerstandortes Konrad, deren Ergebnis nur der Verzicht auf die geplante Einlagerung atomaren Mülls sein kann. Auf jeden Fall lehnen wir die Einlagerung des Atommülls aus der Asse in Schacht Konrad ab und werden notfalls den Klageweg beschreiten.
- Die Berufsfeuerwehr mit den beiden Standorten Lebenstedt und Bad soll auf dem jetzigen personellen und technischen Niveau, auch wenn die Stadt unter 100.000 Einwohner sinken sollte, erhalten bleiben.
- Die Freiwilligen Feuerwehren werden wir wie bisher unterstützen.
- Wir wollen die Beibehaltung der Stationierung von Notärzten und Notarztfahrzeugen in Lebenstedt und Bad. Eine Privatisierung des Rettungsdienstes lehnen wir ab.
- Die Stadtstreifen sollen personell verstärkt werden. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Polizeipräsenz in den kleineren Stadtteilen ein.
- Wir unterstützen die Präventionsarbeit für mehr Sicherheit und Ordnung und setzen uns dafür ein, dass verstärkt ausländische Organisationen im Präventionsrat mitarbeiten.

Die Präventionsarbeit soll zur Erhöhung des Sicherheitsbedürfnisses der Menschen durch kommunale Konzepte in Zusammenarbeit mit der Polizei ergänzt bzw. unterstützt werden. So können z.B. so genannte Angsträume (z.B. Durchgänge und Unterführungen, Parkplätze, entlegene Wege und Plätze) durch gute Ausleuchtung, Sauberkeit und Überwachung „entschärft“ werden.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Jugendschutzkontrollen verstärkt werden.

- Wir unterstützen die präventive Suchtarbeit des städtischen Gesundheitsamtes und der Freien Träger.

- Die Stadt ist gut für die Bekämpfung der Schwarzarbeit aufgestellt. Dies soll so bleiben, denn illegale Beschäftigung bedeutet Lohndumping und belastet den Arbeitsmarkt.

- Wir wollen die Wiedereinführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h im Bereich aller Kindertagesstätten und Schulen und wir wollen, dass der Einsatz von Schülerlotsen an Grundschulen verstärkt wird.

- Wir setzen uns für den Schutz der Tiere und gegen Tierquälerei und Verstöße gegen das Tierschutzgesetz ein. Das Tierheim wird von uns unterstützt.